

Waffenlieferungen in Krisengebiete?

Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

mit ihrem geheimen Deal für eine Lieferung von 200 Panzern nach Saudi-Arabien hat die Bundesregierung großen politischen Schaden angerichtet. Wir hatten bereits im März in einem Antrag gefordert, dass die restriktiven Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland für Rüstungsexporte von der Bundesregierung strikt eingehalten werden müssen und dass keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete geliefert werden sollen. Dies haben wir mit einem Antrag am Freitag im Bundestag noch einmal deutlich gemacht. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass die Abgeordneten und die Öffentlichkeit unmittelbar nach der Genehmigung von Waffen und Rüstungsexporten informiert werden. Selbst diese minimale Transparenz versuchen CDU/CSU und FDP zu verhindern.

Aus Sicht der Bundesregierung scheint die Lieferung deutscher Panzer nach Saudi-Arabien nur konsequent. Bereits im Koalitionsvertrag wird angekündigt, dass sie die Genehmigungspraxis in der EU für Rüstungsgüter harmonisieren, bürokratische Hemmnisse abbauen und Verfahren beschleunigen will. Die Wettbewerbsbedingungen in Europa sollen fairer werden. Es wird auch nur noch von „verantwortungsbewusster“ und nicht mehr von „restriktiver“ Genehmigungspraxis gesprochen. Im Klartext: Es geht ums Geschäft.

Noch vor 6 Wochen kündigte die Bundeskanzlerin im Bundestag vollmundig Hilfen für die junge Demokratiebewegung in Nordafrika an. Jetzt sollen an den Staat, der mithilfe dieser Bewegung zu unterdrücken, unter fadenscheinigen Begründungen Panzer geliefert werden. Die Bundesregierung wird es jetzt schwer haben, diese Entscheidung für Waffenlieferungen in das Krisengebiet mit ihrer angekündigten an Menschenrechten orientierten Außenpolitik in Einklang zu bringen.

Herzliche Grüße

Ihre

Handwritten signature of K. Luehmann in black ink.